

45/13 B1

000046

Botschaft der DDR
in der KVDR

Pjongjang, den 2. 6. 1969

Vertrauliche Dienst			
Abt.	Id. Nr.	Jahr	
PA	75	69	5/4

- Kurzinformation -

Über neue Aspekte der Verhandlungen zwischen der KVDR und Japan in der Zeit von Januar bis Mai 1969 über Fragen der in Japan lebenden Koreaner

I.

Aus den zur Auswertung zur Verfügung stehenden Materialien der KVDR geht hervor, daß es in diesem Zeitraum nicht zu Verhandlungen zwischen der KVDR und Japan gekommen ist. Es erfolgte aber ein Telegrammaustausch, und es wurden wiederholt Erklärungen der KVDR-Seite zur Fortführung der Verhandlungen über die Repatriierung und über die Durchführung der Repatriierung selbst der in Japan lebenden Koreaner abgegeben.

Die grundsätzliche Meinungsverschiedenheit besteht bekanntlich darin, daß die KVDR davon ausgeht, daß das Repatriierungsabkommen noch inkraft ist, während es Japan seit Ende 1967 für abgelaufen hält. (Die japanische Regierung faßte auf einer Kabinettsitzung am 23. 8. 1966 den Beschluß, dieses Abkommen zum 12. 11. 1967 auslaufen zu lassen. Die KVDR geht davon aus: In Abkommen sei eindeutig festgelegt, daß es in seiner Eigenschaft als zweiseitiges Abkommen nicht eigenmächtig von einer der beiden Seiten annulliert werden könne. Die Kündigung sei deshalb rechtswidrig. Der Text des Abkommens über die Repatriierung liegt uns nicht vor.)

Die KVDR sah deshalb auch jetzt ihre Hauptaufgabe darin, daß beide Seiten von der Existenz dieses Abkommens ausgehen und auf dieser Grundlage die Repatriierung wieder aufnehmen und fortführen, d.h. die bestehende Gültigkeit des Abkommens durchzusetzen.

Aus Veröffentlichungen der KVDR, die nur sehr zurückhaltend über konkrete Fakten berichteten, ergab sich nach und nach folgendes Bild:

Bei den Verhandlungen zwischen den Rotkreuz-Gesellschaften beider

Länder in Colombo im Jahre 1967 konnte keine Einigung über die von der KVDR-Seite geforderte Vereinfachung der Einreiseformalitäten der Delegation der Rot-Kreuz-Gesellschaft der KVDR nach Japan erzielt werden. Die japanische Delegation sicherte aber zu, daß sie sich nach Rückkehr mit ihrer Regierung konsultiere und Anstrengungen zur Lösung dieses Problems machen werden.

Die japanische Seite forderte die KVDR-Delegation in Colombo dagegen ständig auf, ihren Vorschlag zur Fortführung der Repatriierung der 17 000, die (bis zur Schließung der Repatriierungsbüros in Japan) einen Antrag hierauf gestellt hatten, aufzunehmen.

Die KVDR lehnte diesen Vorschlag ab, da Japan dieses Problem als Separatfrage lösen wollte, einseitig das bestehende Repatriierungsabkommen aufgeben, die öffentliche Meinung in der Weise täuschen wollte, als ob alle Verpflichtungen zur Repatriierung durch die Fortführung der Repatriierungsarbeit unter der Bezeichnung "Erledigung von verbleibenden Angelegenheiten nach der Aufhebung des Abkommens" erfüllt seien. (siehe Erklärung des ZK der Rot-Kreuz-Gesellschaft der KVDR vom 3. 4. 69)

Anfang und Mitte bis Ende Februar 1969 forderten die Teilnehmer von Protestmärschen Gespräche über die 'Repatriierung zwischen der japanischen und koreanischen Rot-Kreuz-Gesellschaft und die Aufnahme der Repatriierung. Anfang März verurteilte ein sozialistischer Abgeordneter Japans Geheimgespräche der japanischen mit der südkoreanischen Regierung über die Repatriierung.

In einem Telegramm vom 3. 3. 69 schlug die Rot-Kreuz-Gesellschaft Japans dem KVDR-Partner vor, daß er sich wegen der Einreiseformalitäten nach Japan an das Internationale Komitee des Roten Kreuzes in Genf wenden soll.

Durch ein Telegramm vom 10. 3. 1969 des ZK der Rot-Kreuz-Gesellschaft der KVDR wird dieser Vorschlag abgelehnt, da er nicht eine Einreiseerleichterung, wie sie in Colombo und in einem Brief vom 28. 9. 1968 zugesagt wurde, für die Delegation der Rot-Kreuz-Gesellschaft der KVDR an Bord des Repatriierungsschiffes darstellt.

Der japanische Partner wird aufgefordert, seinen im Telegramm vom 3. 3. 69 zum Ausdruck gebrachten destruktiven Standpunkt aufzugeben, um baldigst die Repatriierung wieder aufzunehmen. Es sei ein absurder Versuch, "eine dritte Partei" zur Vermittlung mit einzubeziehen, da dies die Angelegenheit nur kompliziere. Die nur noch verbleibende Frage im Zusammenhang mit der Einreise der Delegation sei die Vereinfachung des Verfahrens. Diese Forderungen wurden sofort von den in Japan lebenden Koreanern unterstützt.

Da von der japanischen Rot-Kreuz-Gesellschaft keine Antwort erfolgte, gab das ZK der Rot-Kreuz-Gesellschaft der KVDR am 3. 4. 69 eine Erklärung heraus. Es wurden nochmals die im Telegramm vom 10. 3. 1969 erhobenen Forderungen wiederholt. Innerhalb von 8 Jahren sei die KVDR-Delegation an Bord des Repatriierungsschiffes 155 mal in Niigata eingetroffen, wozu nie eine dritte Partei benötigt wurde. Die Repatriierung sei eine Angelegenheit, die nur die beiden Länder KVDR und Japan betreffe und eine Arbeit, die lediglich von japanischen Behörden geleistet werden könne. Um die Frage der Repatriierung befriedigend zu lösen, wird der Vorschlag unterbreitet, daß sich die Rot-Kreuz-Delegationen beider Länder zum frühest möglichen Zeitpunkt an einem durch beide Seiten zu vereinbarenden Ort wiedertrffen sollten.

Auffallend war die Tatsache, daß weder von den in Japan lebenden Koreanern noch durch Presseorgane der KVDR nach dieser Erklärung das Problem der Repatriierung behandelt wurde. Erst seit dem 7. 5. 69 wird sowohl in der KVDR als auch in Japan die Forderung nach Aufnahme von Gesprächen und die Annahme der KVDR-Vorschläge wieder erhoben.

II.

1. In den ersten 5 Monaten des Jahres 1969 ist es nach offiziellen Meldungen der KVDR nicht zu Gesprächen über die Repatriierung über die in Japan lebenden Koreaner zwischen den Rot-Kreuz-Gesellschaften der KVDR und Japan gekommen.

2. Die KVDR-Seite hat sich - insbesondere durch ihre Erklärung vom 3. 4. 1969 - bemüht, durch die Unterbreitung von neuen Vorschlägen zu Verhandlungen zu kommen.
3. Ihre Hauptaufgabe sieht die Rot-Kreuz-Gesellschaft der KVDR nach wie vor darin, die Gültigkeit des Repatriierungssabkommens beim Partner durchzusetzen, wie dies aus den Erklärungen und Presseartikeln zu entnehmen ist.
4. Offensichtlich beabsichtigt die japanische Regierung nicht, das Problem der Repatriierung dadurch als gelöst zu betrachten, daß forszell alle in Japan lebenden Koreaner durch Vertrag zwischen Japan und Südkorea vom Jahre 1965 angeblich die Staatsbürgerschaft Südkoreas besitzen sollen.
5. Die in der Zeit vom 3. 4. bis 7. 5. 69 eingetretene Periode des Schweigens um die Repatriierung kann darauf hindeuten, daß entweder Gespräche an einem dritten Ort stattgefunden haben, über die nicht berichtet wurde oder eine Antwort von japanischen Partner eintraf, die durch einen Gegenvorschlag beantwortet wurde.
6. Um die Beziehungen zu Südkorea nicht zu belasten, sind von der japanischen Seite keine Aktivitäten zur baldigen Wiederaufnahme der Repatriierung zu erwarten. Nur der Druck der internationalen demokratischen Öffentlichkeit auf Japan wird dies erzwingen können.
7. Das ständige Komitee der Generalassoziation der in Japan lebenden Koreaner geht sicher nicht fehl, wenn es durch die Verabschiedung des dem Parlament vorliegenden Entwurfes des "Ein- und Auswanderungs-Kontrollgesetzes" eine Verschlechterung der Kampfbedingungen ihrer Landsleute im allgemeinen und damit auch für die Repatriierung vorausieht, da das Gesetz u.a. vorsehen soll, politische Aktivitäten der Ausländer zu kontrollieren und Gerichtsprozesse und Ausweisungen androht.

Verteiler:

2 x MFAA FO

1 x ZZ Abt. IV

1 x MFAA Abt. IO

1 x Botschaft

Herrmann
3. Sekretär